

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

183

Björn Staudinger

Minderheitsschutz im Personengesellschaftsrecht

Kernbereichslehre und Bestimmtheitsgrundsatz –
überflüssige Minderheitsschutzinstrumente oder
notwendige Korrektive der Privatautonomie?



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 183

Björn Staudinger

Minderheitsschutz im Personengesellschaftsrecht

Kernbereichslehre und Bestimmtheitsgrundsatz –
überflüssige Minderheitsschutzinstrumente oder
notwendige Korrektive der Privatautonomie?



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Tübingen, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6415-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0506-6 (ePDF)

D21

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Ich habe mit der Arbeit bei Professor Dr. Jan Schürnbrand begonnen, der leider viel zu früh verstorben ist. Ihm bin ich zu großem Dank verpflichtet, da seine in ihrer Klarheit beeindruckenden Vorlesungen mein Interesse für das Zivilrecht erst geweckt haben und er mir am Anfang meiner Promotionszeit den Mut gab, einen eigenen Weg einzuschlagen.

Herrn Professor Dr. Dres. h.c. Harm Peter Westermann möchte ich dafür meinen Dank aussprechen, dass er die Betreuung meiner Arbeit übernommen hat und mir stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Ohne seine geduldige Förderung wäre die Arbeit nicht entstanden.

Frau Professorin Dr. Osterloh-Konrad bin ich nicht nur für die Übernahme der Zweitkorrektur zum Dank verpflichtet, sondern auch, weil die vielzähligen Diskussionen mit ihr mir bei der Strukturierung meiner Gedanken geholfen und meinen Blick auf die Rechtswissenschaft verändert und erweitert haben.

Zum Dank bin ich auch Professor Binder, LL.M. (London) verpflichtet, der mich an seinem Lehrstuhl aufgenommen hat und dem ich in einer kritischen Phase meiner Arbeit meine Thesen präsentieren durfte.

Auch möchte ich mich bei den Herausgebern der Schriftenreihe Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Prof. Dr. Mathias Habersack und Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago) für die Aufnahme in diese Schriftenreihe danken.

Dankbar bin ich auch den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, die mich während der Entstehung der Arbeit unterstützt haben, insbesondere Michael Brenz, Svenja Ettensberger, Tim Gühring, Christiane Hellstern, Dimitri Kosenko, Bettina Menhofer und Josefine Wolff.

Schlussendlich bin ich meinen Eltern Birgit und Bernd sowie meinen Geschwistern Daniel, Jan und Max zu großem Dank verpflichtet, weil sie

Vorwort

in dieser Zeit stets an meiner Seite standen und mir den Mut gaben, diese Arbeit zu schreiben.

Stuttgart, im November 2019

Björn Staudinger

Inhaltsverzeichnis

1. Teil Einleitung	17
A. Personengesellschaften	18
B. Minderheitsschutz	20
I. Gefahren durch missbräuchliche Mehrheitsentscheidungen	20
II. Minderheitsschutz und Funktionsschutz	22
III. Die Reichweite des Minderheitsschutzes	25
C. Gang der Darstellung	26
2. Teil Formelle Schranken von Mehrheitsklauseln	28
A. Entwicklung des Bestimmtheitsgrundsatzes	28
B. Kritik am Bestimmtheitsgrundsatz und Rechtsprechungsentwicklung	31
C. Dogmatische Begründung	33
I. Theorie der antizipierten Zustimmung	34
II. Theorie der Gestaltungsmacht	35
III. Mehrheitsklausel als Verfahrensregel	36
IV. Stellungnahme	36
V. Bestimmtheitsgrundsatz trotz Verfahrensregel	38
D. Folgerungen	41
I. Formelle Grenze durch Auslegung	41
II. Auslegung von Altverträgen	42
3. Teil Der Kernbereich der Mitgliedschaft	44
§ 1 Einleitung	44
§ 2 Ursprung und Stand der Rechtsentwicklung	44
A. Ursprung der Kernbereichslehre	44
B. Konkretisierung der Kernbereichslehre	46
I. Unentziehbare, unverzichtbare und stimmrechtsfeste Rechte	46

Inhaltsverzeichnis

II. Der Inhalt des Kernbereichs	48
1. Die Qualifikation mitgliedschaftlicher Rechte als zum Kernbereich zugehörig	50
a) Leitentscheidungen des BGH	50
b) Literaturansichten	51
c) Stellungnahme	52
aa) Kernbereich als Bestandsschutz	52
bb) Die Zuordnung als Ausfluss einer wertenden Betrachtungsweise	53
d) Fazit	54
2. Der Kernbereich in der gesellschaftsrechtlichen Praxis	55
a) Vermögensrechte der Gesellschafter, Bilanzfeststellung, Gewinnthesaurierung (im Konzern) und die Abfindungsquote	55
aa) Auf- und Feststellung des Jahresabschlusses	55
bb) Gewinnverwendungsentscheidungen, insbesondere die Gewinnthesaurierung	56
cc) Gewinnthesaurierung im faktischen Konzern	59
dd) Die Abfindungsquote	60
b) Personelle Zusammensetzung von Personengesellschaften und die Mitgliedschaft als Kernbereichsrecht	61
aa) Personelle Zusammensetzung der Gesellschaft	61
bb) Mitgliedschaftliche Stellung	63
c) Das Belastungsverbot als Kernbereichsrecht	65
d) Actio pro socio als Kernbereichsrecht	66
aa) Beschränkbarkeit der <i>actio pro socio</i> durch Mehrheitsbeschluss	67
bb) Verzicht auf einzelne Sozialansprüche durch die Gesellschaftermehrheit	68
e) Umwandlungen	69
f) Sonstige Umstrukturierungsmaßnahmen	70
3. Anwendungsbereich in atypischen Gesellschaften	72
4. Entziehbarkeit des Kernbereichs aus wichtigem Grund	72

5. Die antizipierte Zustimmung	73
a) Ablehnung der Rechtsfigur	74
b) Rechtsgrundlage und Reichweite	74
aa) Die Ansicht von C. Schäfer und K. Schmidt	75
bb) Die Ansicht von C. Armbrüster	76
cc) Verbleibende Konkretisierungsprobleme der antizipierten Zustimmung	76
dd) Stellungnahme	78
6. Rechtsfolge	79
a) Eingriffe in unentziehbare Kernbereichsrechte	81
b) Beitragserhöhungsbeschlüsse	81
7. Treuepflichtbedingte Zustimmungspflicht in den Kernbereich	82
a) Vertragsanpassung im Gesellschaftsrecht	83
b) Vertragsanpassung trotz Kernbereichseingriffen	85
c) Mehrheitsbeschluss als Voraussetzung	88
d) Zwischenergebnis	90
e) Stellungnahme	91
f) Rechtsfolge der treuepflichtbedingten Zustimmungspflicht	92
III. Fazit	93
§ 3 Kehrtwende des BGH durch BGHZ 203, 77?	94
A. Aufgabe der Kernbereichslehre	96
B. Beibehaltung der Kernbereichslehre	97
I. Die zitierten Fundstellen des BGH	97
II. Beweislastverteilung im Rahmen der Treuepflicht	98
C. Stellungnahme	99
I. Die zitierten Fundstellen des BGH	99
II. Die Rechtsprechungsentwicklung	100
III. Trennung zwischen Kernbereich und § 707 BGB	101
IV. Fazit	102
D. Reaktionen der Literatur	102
I. Der Ansatz Schäfers	102
II. Der Ansatz von Seidel/Wolf	103
III. Stellungnahme	104
§ 4 Dogmatische Grundlage der Kernbereichslehre	105
A. Streitstand in der Literatur	105
B. Begründung der Rechtsprechung	107

Inhaltsverzeichnis

C. Dogmatische Begründung der Kernbereichslehre	108
I. Rechtsprinzip aus § 53 III GmbHG, § 707 BGB, § 180 AktG	109
1. Prinzipienbildung	109
2. Einheitlichkeit der Mitgliedschaft	111
3. Bestimmung des Kernbereichs aus der inneren Systematik des Rechts	112
4. Zwischenergebnis	114
II. Teleologische Extension aus § 53 III GmbHG, § 707 BGB, § 180 AktG	114
1. Planwidrige Regelungslücke	114
2. Vergleichbare Interessenlage	114
a) Das Belastungsverbot als Grundlage für den Kernbereich der Mitgliedschaft	115
b) Die Regelungen im KAGB – Ausdruck eines allgemeinen Rechtsgedankens des Minderheitsschutzes oder Ausnahme?	115
III. Sonderrechte im Sinne des § 35 BGB	117
IV. Mitgliedschaft	118
V. Institutionelle und typologische Schranken der Mehrheitsmacht	119
1. Das Wesensargument als ungeschriebene gesetzliche Schranke	120
2. Institutionalisierung des Rechts	121
3. Der typologische Ansatz	124
VI. Verfassungsrechtlicher Schutz	126
1. Schutzpflicht aus der Privatautonomie	127
2. Bestandsschutz mitgliederschaftlicher Rechte durch Art. 14 GG	130
a) Schutzbereich von Art. 14 GG	131
b) Einbeziehung mitgliederschaftlicher Rechte in die Reichweite des Schutzes	132
c) Grundrechtsverzicht	134
d) Zu berücksichtigende, entgegenstehende Grundrechte als Grenze von Schutzpflichtabwägungen	135
aa) Verhältnismäßigkeitserwägungen der „Feldmühle“-Entscheidung	135

bb) Verhältnismäßigkeitserwägungen im Personengesellschaftsrecht	137
(1) Vertragsfreiheit	137
(2) Eigentumsrechte der Mehrheitsgesellschafter	137
(3) Folgerung: Praktische Konkordanz	138
3. Zwischenergebnis	140
VII. Die Sittenwidrigkeit als Grenze der Privatautonomie	140
1. Sittenwidrige Selbstentmachtung	141
2. Sittenwidrigkeit wegen Ausübung von privater Macht	145
3. Ergebnis der Untersuchung	149
4. Teil Die Kernbereichslehre aus Perspektive der Gesellschafter – Ökonomische Analyse	151
A. Methodik	151
B. Der vertragsrechtliche Ansatz (<i>contractarian view</i>)	152
C. Wirkungsweise der Kernbereichslehre	152
D. Folgerung	154
E. Stellungnahme und eigener Ansatz	155
I. Geltung der Kernbereichslehre bei Publikumspersonengesellschaften	156
II. Eigener Ansatz	157
1. Majoritarian vs. penalty default rules im Personengesellschaftsrecht	157
2. Die <i>rules vs. standards</i> -Diskussion	159
a) Einführung	160
b) Übertragung der Erkenntnisse auf das Personengesellschaftsrecht	161
aa) Verlagerung der Entscheidung auf Gerichte	162
bb) Faktische Durchsetzung des Minderheitsschutzes	163
F. Ergebnis	163

Inhaltsverzeichnis

5. Teil Minderheitenschutz ohne Bestimmtheitsgrundsatz und Kernbereichslehre	164
§ 1 Bisherige Vorschläge aus der Literatur	164
A. Interessenabwägung	164
I. Ansichten von <i>Wertenbruch</i> und <i>Lieder</i>	164
II. Stellungnahme	166
B. Leitplankenmodell	167
I. Ansicht von <i>Risse</i> und <i>Höfiling</i>	167
II. Stellungnahme	168
§ 2 Veränderbarkeit von Gesellschaftsverträgen nach der Aufgabe von Bestimmtheitsgrundsatz und Kernbereichslehre	169
§ 3 Die Neujustierung der Reichweite allgemeiner Rechtsinstitute	173
A. Treuepflicht	174
I. Relevante Grundlagen der Treuepflicht	175
1. Dogmatische Grundlage der Treuepflicht	175
2. Schutzfunktion der Treuepflicht	178
II. Zweckwidrige Instrumentalisierung der Mehrheitsklausel	179
III. Eingriff in mitgliedschaftliche Rechte	180
1. Dogmatische Begründung der treuepflichtbasierten Inhaltskontrolle bei Eingriffen in mitgliedschaftliche Rechte	182
a) Mittelbare Drittwirkung und Verfassungsrecht	182
b) Eingriffe in Rechte Dritter im Kapitalgesellschaftsrecht	183
c) Kritik an der Rechtsprechung	184
d) Übertragbarkeit auf Personengesellschaften	185
2. Dogmatische Begründung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	187
3. Verhältnis zwischen der Treuepflicht und der materiellen Beschlusskontrolle	188
IV. Ausdehnung der Grundsätze auf Grundlagenentscheidungen	189
1. Grundlagenentscheidungen	189
2. Die Inhaltskontrolle	190
3. Die Inhaltskontrolle für Grundlagenentscheidungen	192
4. Zwischenergebnis	194

V. Prüfungsinhalt: Der sachliche Grund	194
1. Das Gesellschaftsinteresse	195
a) Grundlagen und dogmatische Herleitung	195
b) Ausdehnung des Gesellschaftsinteresses durch die Media-Saturn-Rechtsprechung des BGH	196
c) Ermessensspielraum bei Prognoseentscheidungen	198
2. Geeignetheit und Erforderlichkeit	199
3. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	200
a) Prüfungsmaßstab	200
b) Die in die Abwägung einzustellenden Interessen	201
aa) Personenkreis	201
bb) Risiken durch den Beibringungsgrundsatz und die <i>inter partes</i> Wirkung im Zivilprozess	202
cc) Zu berücksichtigende Interessen	203
VI. Abdingbarkeit der Treuepflicht	205
VII. Rechtsfolge des Treuepflichtverstoßes	210
B. Der Gleichbehandlungsgrundsatz	210
I. Der Tatbestand der (Un-) Gleichbehandlung	210
II. Die sachliche Rechtfertigung	213
III. Abdingbarkeit des Gleichbehandlungsgrundsatzes	214
IV. Abgrenzung zur Treuepflicht	216
C. Zwischenergebnis	217
§ 4 Folgen der hier vorgeschlagenen Lösung	219
A. Änderungen der materiellen Rechtslage	219
I. Abfindungsbeschränkungen bei der Kündigung der Gesellschafterstellung	219
1. Abfindungsbeschränkungen	220
2. Außerordentliche Austrittskündigung nach versuchtem Eingriff in die mitgliedschaftliche Rechtsstellung	221
3. Austrittskündigung nach erfolgreichem Eingriff in die mitgliedschaftliche Rechtsstellung	222
4. Fazit	223
II. Das Verbot der nachträglichen Beitragserhöhung (§ 707 BGB)	223
1. Antizipierte Zustimmung	224
2. Rechtsfolge	226

Inhaltsverzeichnis

3.	Treuepflichtbedingte Zustimmungspflicht	226
a)	Rechtsprechungsentwicklung	226
b)	Literaturansicht und eigene Stellungnahme	227
c)	Gesellschaftsvertragliche Regelung	229
III.	Die Hinauskündigung von Gesellschaftern durch Mehrheitsentscheidung	229
1.	Argumente für die Rechtsprechung	230
2.	Kritik der Literatur an der Rechtsprechung	231
3.	Stellungnahme	232
4.	Lösung durch eine vertragliche Regelung	235
5.	Zwischenergebnis	236
IV.	Die actio pro socio	236
V.	Die Änderung des Gesellschaftszwecks und die Auflösung	237
1.	Änderung des Gesellschaftszwecks	237
2.	Auflösungsbeschlüsse	239
a)	Materielle Anforderungen an Auflösungsbeschlüsse	239
b)	Zustimmungspflicht zu Auflösungsbeschlüssen	240
VI.	Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Änderung der Gewinnverteilungsquote	241
1.	Feststellung des Jahresabschlusses	241
2.	Die Änderung der Gewinnverteilungsquote	242
a)	Bisherige Rechtslage	242
b)	Rechtslage nach der hier vorgeschlagenen Lösung	243
c)	Einzelfragen	244
aa)	Rückwirkende Änderungen der Gewinnverteilungsquote	244
bb)	Klauseln zur Anpassung der Gewinnverteilungsquote	245
cc)	Bestehen einer Zustimmungspflicht	245
d)	Änderung der Auseinandersetzungquote	245
VII.	Das Stimmrecht	246
1.	Der Stimmrechtsausschluss	246
2.	Besonderheiten bei der GmbH & Co KG	247
VIII.	Das Informationsrecht des Gesellschafters	249
1.	Bisherige Rechtslage	250
2.	Rechtslage nach der hier vorgeschlagenen Lösung	251

IX. Übertragung des Gesellschaftsanteils – Personelle Zusammensetzung der Gesellschaft	252
X. Umwandlungsentscheidungen und sonstige Umstrukturierungsmaßnahmen	253
1. Stand der Diskussion	253
2. Stellungnahme	254
3. Besonderheiten des Prüfungsmaßstabs	256
4. Sonstige Umstrukturierungsmaßnahmen	256
XI. Zwischenergebnis	256
1. Materielle Änderungen der Rechtslage	257
2. Ausdrückliche Vertragsregelungen	258
B. Änderungen der prozessualen Rechtslage	258
I. Beweislastumkehr	258
II. Änderung der Klageinitiativlast	261
III. Einstweiliger Rechtsschutz	262
§ 5 Argumente für die vorgeschlagene Lösung	263
A. Voraussetzungen und Rechtsfolge der Kernbereichslehre sind unklar	264
I. Unklarheit über die tatbestandlichen Voraussetzungen	264
II. Rechtsfolge der Kernbereichslehre	266
1. Entziehbarkeit aus wichtigem Grund	266
2. Relative Beschlussunwirksamkeit	267
3. Fazit	267
B. Inhaltskontrolle als optimales Korrektiv zu relationalen Verträgen?	268
C. Systematik des Personengesellschaftsrechts: Entziehung der Mitgliedschaft und einzelner mitgliedschaftlicher Rechte	270
I. Entziehung der Mitgliedschaft	270
II. Entziehung einzelner Kernbereichsrechte aus wichtigem Grund	271
D. Rückkehr zum Bestimmtheitsgrundsatz	272
E. Rechtslage bei vertraglich vereinbarten Klagefristen	274
F. Zustimmungspflichten	274
Letzter Teil	276
Schluss	276
Literaturverzeichnis	283

